



Notizen aus der Sitzung des Gemeinderats vom 17. Oktober 2017



Im Rahmen der **Frageviertelstunde** hat Bürgermeister zu Fragen aus Reihen der Bürgerschaft zur Unechten Teilortswahl und zum Bauvorhaben im Wesentlichen auf seine folgenden Ausführungen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten verwiesen.



Zum Tagesordnungspunkt „**Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienhauses für die Anschlussunterbringung für Flüchtlinge auf dem Grundstück Flst. Nr. 165, Zehntgasse, Gemarkung Mengen; Beschlussbestätigung wegen möglicher Befangenheit eines Gemeinderats**“ hat Bürgermeister Jörg Czybulka einleitend darauf hingewiesen, dass es – wie im Tagesordnungspunkt aufgeführt – „nur“ um die Beschlussbestätigung gehe. Gleichwohl habe er den Sachverhalt zu diesem fremd bestimmten Thema nochmals sachlich und emotionslos darlegen wollen. Irritiert sei er über die Formulierung im Schreiben der die Anwohner vertretenden, in der Sitzung nicht anwesenden Rechtsanwältin Matt gewesen, wonach der Gemeinderatsbeschluss von den Anwohnern „mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft“ werden solle. Sodann hat er den Sachverhalt nochmals ausführlich erläutert. Im Anschluss hat er über den am 10. Oktober 2017 erfolgten Runden Tisch informiert. Bei diesem konstruktiven Austausch mit allen Beteiligten – zunächst vor Ort, später im Alemannensaal – seien alle aufgeworfenen Fragen von Rechtsanwältin Matt und der anderen Einwander wegen Stellplatzfragen beantwortet worden. U.a. sei nochmals dargelegt worden, dass der Pfarrgarten entgegen anders lautender Darstellungen gar nicht tangiert sei. Unstrittig löse die Bebauung einer grünen Lunge keine Jubelschreie aus, allerdings sei das betroffene Grundstück schon seit Jahren im Rahmen des von der Gemeinde verfolgten Programms „KOMREG“, bei dem es um Innenentwicklung vor Außenentwicklung gehe, als mögliches, im Rahmen der Nachverdichtung zu bebauendes Grundstück, in der Diskussion gestanden. Bürgermeister Jörg Czybulka hat sodann zum Sachverhalt einen Großteil der im Mitteilungsblatt vom 6. Oktober 2017 abgedruckten Notizen aus der Sitzung des Gemeinderats vom 26. September 2017 verlesen. Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang nochmals ausführlich über die aktuelle Kalkulation der Flüchtlingszahlen für 2018 informiert. Derzeit seien laut Information des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald 1.523 Flüchtlinge vorläufig in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises untergebracht (Stand 10. Oktober 2017). Im Jahr 2017 würden noch 611 Flüchtlinge auf die Landkreisgemeinden verteilt, somit verblieben 912 Flüchtlinge für die Verteilung 2018. Die monatliche Zuweisung der Landesersterunterkünfte in die vorläufige Unterbringung betrage voraussichtlich 40 (aktuell 35). Bei einer angenommenen Anerkennungsquote von 80 % würden im Jahr 2018 somit 1.114 Flüchtlinge entsprechend dem Bevölkerungsschlüssel innerhalb des Landkreises verteilt. Bei einem Bevölkerungsanteil der Gemeinde Schallstadt am Landkreis von 2,37 % würden der Gemeinde demnach 26 Flüchtlinge zugewiesen. Hinzu kämen weitere 12 Flüchtlinge wegen Familiennachzug und Standortschutz. Derzeit seien ca. 15 % der Flüchtlinge der Gemeinde in Mengen untergebracht. Bürgermeister Jörg Czybulka ist danach nochmals auf den erfolgten Runden Tisch eingegangen und hat die dort besprochene Tagesordnung aufgezeigt. Zur beim Runden Tisch vorgetragenen Anregung zur Aufstellung eines Schaugerüsts hat er erklärt, dass dies zeitlich nicht umsetzbar und auch absolut unüblich sei. Bei keinem anderen Bau würde das gefordert, außerdem entstünden Kosten von ca. zwei- bis dreitausend Euro. Zur am Runden Tisch angesprochenen Frage, ob das Gebäude zwei Meter nach hinten verschiebbar sei, hat Bürgermeister Jörg Czybulka erläutert, dass dann ein komplett neuer Bauantrag gestellt werden müsste. Bspw. müsste auch die vorgesehene, baulich notwendige Rampe neu ausgerichtet werden. Aus Reihen des Gemeinderats ist an den am 26. September 2017 einstimmig gefassten Beschluss des Gemeinderats erinnert worden. Auch alle Gemeinderäte aus Mengen hätten zugestimmt. Derjenigen, der man Befangenheit vorgeworfen habe, habe im Sinne der Gemeinde, nicht im

Eigeninteresse gestimmt. Allein dies zeige, dass der Gemeinderat geschlossen hinter dem Vorhaben stehe. Man sei glücklich, in Mengen ein Objekt gefunden zu haben, dass dann später auch für Einkommensschwächere genutzt werden könnte. Es sei eigentlich ein Beschluss für Mengen gewesen. Bei der Flüchtlingsbetreuung habe man bisher sehr gute Erfahrungen mit dem Helferkreis gemacht. Man sei sicher, dass Integration klappe. Man solle nun Gräben zuschütten und die Sache positiv sehen.

Einstimmig hat der Gemeinderat sodann folgenden Beschluss gefasst: „Der Beschluss des Gemeinderats vom 25. Juli 2017 *„Den Planvorlagen zum Neubau eines Mehrfamilienhauses auf dem Grundstück Flst. Nr. 165, Gemarkung Mengen wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieser Planvorlagen einen Bauantrag zu stellen.“* wird bestätigt.

Bürgermeister Jörg Czybulka hat abschließend auf Wunsch des Gemeinderats im Zusammenhang mit dieser Sache noch einige Anmerkungen gemacht, wobei es um das generelle Gesellschaftsbild heutzutage gehe, nicht um die Bürgerinitiative zur Baumaßnahme in der Zehntgasse im Speziellen. Man habe sich, so Bürgermeister Jörg Czybulka, mittlerweile an vieles gewöhnt. An einen rauen, unverschämten Ton, an Shitstorms, an Beleidigungen, Diffamierungen, Lügen und einer Maßlosigkeit an Urteilen über andere. Grundlegende Regeln des Anstands gingen dabei häufig verloren, was er auch persönlich vor einigen Jahren schon habe erfahren müssen. Er hat einige unsägliche Online-Kommentare zur Petition, aus Facebook oder der BZ-Onlineplattform zitiert, die man sich gefallen lassen müsse. Einige Protagonisten sollten sich überlegen, auf was sie sich hier teilweise einlassen würden.



Bei 10 Ja- und 4 Nein-Stimmen hat der Gemeinderat zum Tagesordnungspunkt **„Unechte Teilortswahl - Abschaffung/Beibehaltung - Änderung der Hauptsatzung“** beschlossen, die Unechte Teilortswahl zur nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte abzuschaffen. Einstimmig ist die entsprechende Änderung der Hauptsatzung (§ 13 und § 14 ersatzlos streichen) beschlossen worden. Zuvor hat Herr Prof. Dr. Fleckenstein von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl, der der Bevölkerung bereits aus der Einwohnerversammlung vom 24. Juli 2017 bekannt ist, den Sachverhalt nochmals ausführlich dargelegt und ist auf Fragen aus Reihen des Gemeinderats eingegangen. Er hat u.a. aufgezeigt, dass es mehr Nachteile als Vorteile gebe bei der Unechten Teilortswahl, es aber politische Entscheidung sei, die Vor- und Nachteile zu gewichten. Auch hat er nochmals darauf hingewiesen, dass bei Beibehaltung der Unechten Teilortswahl insoweit Änderungsbedarf zur Bildung eines gemeinsamen Wohnbezirks Schallstadt/Wolfenweiler bestehen würde, als die räumliche Trennung der Ortsteile Schallstadt und Wolfenweiler faktisch nicht mehr gegeben sei. Bürgermeister Jörg Czybulka hat an die zum Thema Unechte Teilortswahl erfolgte Einwohnerversammlung erinnert, bei der Prof. Dr. Fleckenstein bereits referiert habe.



Im Beisein vom Leiter des Fachbereichs Verkehrlenkung und Straßenverwaltung beim Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald, Herrn Michael Wunderlich, sind im Gemeinderat folgende **Verkehrsangelegenheiten** diskutiert worden:

Tempo 40 Ortseinfahrten Mengen (Bienger Str./L 187 „Tienger Str.“/Offnadinger Str.):
Ergebnis: Die derzeitige Beschilderung basiert auf der vorgelegten Schulwegplanung. Eine über die bisher erfolgte Beschilderung mit Tempo 40 ist nicht möglich bzw. aufgrund des Schulwegeplans nicht durchsetzbar.

Querungshilfe L 187 „Tienger Straße“, Höhe Einmündung Weberstraße:

Ergebnis: Die mehrfach durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen bestätigen ein zu schnelles Einfahren in den Ort. Denkbar ist eine bauliche Maßnahme, an der sich das Land

allerdings nicht beteiligt, d.h. das Land als Eigentümer baut dort nicht. Vorgeschlagen worden ist, zunächst – wie im Bereich der Mengener Straße vor einiger Zeit erfolgreich umgesetzt – provisorisch Leitbaken aufzustellen und später ggfls. dauerhaft zu verankern. Nach Rücksprache mit einem Verkehrsplaner wird wieder auf das Landratsamt zugegangen.

Ortsschild Mengen, Höhe Baugebiet Zwischen den Wegen:

Ergebnis: Herr Wunderlich hat klargestellt, dass die jetzige Aufstellung des Ortsschildes rechtlich unzulässig sei. Das Baugebiet Zwischen den Wegen sei nicht von der Kreisstraße her erschlossen. Gleichwohl nehme er die aus Reihen des Gemeinderats vorgebrachten Argumente (Lärmschutz, Sicherheit) nochmals mit.

Mitfahrbank:

Ergebnis: Herr Wunderlich hat erklärt, dass er keine grundsätzlichen Bedenken habe bzw. Einschränkungen sehe, sofern sich die Sache innerorts abspiele und die sonstigen verkehrsrechtlichen Vorgaben eingehalten würden. Der Aufsteller der Bank sei in der Haftung.

Kreuzung Vogesenstraße/Mengener Straße (Versetzen Ortsschild oder Verlängerung der Geschwindigkeitsbegrenzung):

Ergebnis: Herr Wunderlich hat aufgezeigt, dass das Unfallgeschehen an diesem Standort unauffällig sei. Eine Grundlage für Tempo 50 sei nicht gegeben.

Verbindungsstraße Zum Lausbühl/Winzerstraße:

Ergebnis: Herr Wunderlich erklärt, dass hier nur durch entsprechende Kontrollen seitens der Polizei agiert werden könne. Eine Sperrung bzw. Beschilderung sei wegen der Vielzahl der (landwirtschaftlichen) Anlieger nicht umsetzbar.

Ortsdurchfahrt B 3, Markierung von Radstreifen (Sachstand):

Ergebnis: Das Landratsamt ist um zügige Umsetzung gebeten worden.

Kreuzungsbereich Verlängerung der Rathausstraße / Einfahrt L 187:

Ergebnis: Die Verkehrsbehörde schaut sich den Bereich vor Ort an.



Einstimmig hat der Gemeinderat den Abschlussbericht zum **Sommerferienprogramm 2017** zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung ist beauftragt worden, für das Jahr 2018 nach Möglichkeit wieder ein Sommerferienprogramm vorzubereiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung in einer öffentlichen Sitzung vorzulegen. Bürgermeister Jörg Czybulka hat sich bei allen Beteiligten nochmals ausdrücklich bedankt.